

Niederschrift

über die 21. Sitzung des Ausschusses für Mobilität am 28.05.2025
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Sachstandsbericht zur Schnellbuslinie X-49 Vorlage: DezIII/0062/2025.....	4
3 Vorbehaltsstraßennetz - Reduzierung Vorlage: FB5/0163/2025.....	5
4 Anträge	7
5 Anfragen	7
5.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Bearbeitungsstand Fahrradstraße Buschstr. und Radwegführung Strümper Str./Winklerweg	7
5.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - U70 auf Meerbuscher Stadtgebiet....	8
6 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	9
6.1 Sachstandsbericht der Rheinbahn zur Schnellbuslinie SB52 und der Anpassung der Taktung der U76	10
7 Termin der nächsten Sitzung 9. September 2025	10
8 Verschiedenes	10

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum S2.1/S2.2

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Anwesend:

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Norma Köser Anwesend ab 17:05 Uhr.
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied	
Herr Heinz Berend Jansen	Ratsmitglied	
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied	
Herr Dr. Felix Nieberding	Ratsmitglied	
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	
Herr Daniel Thywissen	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Frau Christa Kohn	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied	Anwesend ab 17:14 Uhr.
Herr Niklas Geppert	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Herrn Michael Bertholdt

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen	Sachkundiger Bürger	Anwesend ab 17:07 Uhr.
Frau Astrid Hansen	Sachkundige Bürgerin	Abwesend ab 18:58 Uhr.
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied	

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied
-------------------	--------------

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Hartwig Spetsmann	Sachkundiger Bürger
------------------------	---------------------

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Rudolf Huthmann	Sachkundiger Bürger
----------------------	---------------------

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel	Erster und Technischer Beigeordneter
Frau Dana Frey	Dezernat III
Herr Daniel Hartenstein	Fachbereich 5
Frau Denise Pottbäcker	Dezernat III/Umwelt

Gäste

Frau Steffi Lorbeer
Herr Michael Perschke

Schriftführerin

Frau Jasmin Abel	Fachbereich 5
------------------	---------------

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Norma Köser

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt

Ratsmitglied

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding begrüßt Frau Steffi Lorbeer (Rhein-Kreis-Neuss) und Herrn Michael Perschke (Busverkehr Rheinland GmbH) als Gäste zu TOP 2 und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Er weist darauf hin, dass nach der Einladung zwei Anfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fristgerecht eingegangen sind und auf die Tagesordnung aufgenommen wurden.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend.

2 Sachstandsbericht zur Schnellbuslinie X-49 Vorlage: DezIII/0062/2025

Frau Pottbäcker teilt einleitend mit, dass die beiden Anlagen zu TOP 2 auf Veranlassung des VRRs aus dem Bürgerinformationssystem entfernt werden mussten und bittet um Entschuldigung.

Des Weiteren erläutert sie, dass ihr in der Informationsvorlage zur Kostenentwicklung ein Fehler unterlaufen sei. 3,60 Euro sei der Vollkostenpreis der Buslinie X49 ohne Abzug von Förderungen und Zuschüssen und somit nicht der zu zahlende Anteil der Stadt Meerbusch. Dieser beliefe sich nach den bisherigen Abschlägen auf ca. 2,80 Euro pro gefahrenen Kilometer. Eine geprüfte Endabrechnung und somit ein endgültiger Preis pro gefahrenem Buskilometer liege derzeit noch nicht vor.

Frau Lorbeer von der Kreisverkehrsgesellschaft Neuss mbH stellt sich vor. Sie betreue die Aufgabenträgerschaft beim Rhein-Kreis-Neuss in der Abteilung Kreisentwicklung. Zudem ist Herr Perschke vom Busverkehr Rheinland, als Vertreter des Linienbetreibers, anwesend. Frau Lorbeer führt aus, dass für das zweite Halbjahr 2023 Zahlen für eine erste prüffähige Abrechnung vorliegen (die Linie fahre erst seit Anfang Juni 2023). Die Abrechnung liege zwar vor, sei aber noch nicht durchgeprüft.

Zuständig für die Buslinie X49 seien der Rhein-Kreis-Neuss als Aufgabenträger für die Stadt Meerbusch und die Verkehrsgesellschaft Kreis Viersen GmbH. Da die Linie größtenteils auf dem Gebiet des Kreises Viersen fahre, ist dessen Kreisverkehrsgesellschaft federführend für die Prüfung der Abrechnung zuständig. Die Verkehrsgesellschaft Kreis Viersen werde anschließend mit dem Rhein-Kreis-Neuss die anteiligen Linienkilometer auf dem Meerbuscher Stadtgebiet abrechnen.

Ratsherr Quaß bittet um zeitnahe Prüfung.

Herr Perschke erklärt, dass der VRR die sieben besten X-Buslinien eingeführt habe. Darunter auch den X49, der als Angebotsorientierung eingeführt worden sei. Die vorher in Meerbusch fahrenden Buslinien O71 und SB82 waren bedarfsorientierte Linien. Es brauche Zeit, bis die Nachfrage entstehe, daher sei beschlossen worden, die Linie für 5 Jahre zu testen und sie nach 3 Jahren zu evaluieren. Seit 2017 gäbe es durch den VRR keine neue Verkehrszählung mehr. Man habe sich bundesweit geeinigt 2026 eine neue Zählung durchzuführen.

Ratsherr Quaß fragt nach, ob die Verkehrszählung für die Endabrechnung benötigt werde.

Frau Lorbeer führt aus, dass man für die Kalkulation Kosten und Erlöse berücksichtigen müsse. Es gäbe den Vollkostenpreis von 3,60 Euro für 2023. Einnahmen und Erlöse würden gegengerechnet werden, plus die 0,50 Euro Förderung pro Mehrkilometer durch den VRR. Man habe zum einen die Fahrgeldeinnahmen, zum anderen Fördermittel für Investitionen für Busse aus § 11 Absatz 2 ÖPNVG NRW-Gesetz, Schwerbehindertengelder und verschiedene Ausgleichsleistungen wie z. B. für den Ausbildungsverkehr. Diese Erlösbestandteile seien erst zu einem geringeren Teil für das Jahr 2023 beschieden.

Herr Perschke ergänzt, dass die Fahrgastzahlen als Anlage 2 zu TOP 2 vorliegen, allerdings nur für das Jahr 2024. Es gäbe ein laufendes Zählsystem seit dem Zeitpunkt als die neuen, weißen Busse eingeführt worden seien. Die Fahrgastzahlen aus dem ersten halben Jahr lägen nicht vor.

Frau Lorbeer ergänzt, dass der X49 für das Jahr 2024 insgesamt 47362 Fahrgäste aufweise. Die anderen eingeführten X-Buslinien hätten nur die Hälfte an Fahrgästen.

Auf die Frage von Ratsfrau Niegeloh, welche Werbemaßnahmen von den Verkehrsbetrieben durchgeführt worden seien, um die Fahrgastzahlen zu erhöhen, antwortet Frau Lorbeer, dass der VRR Werbung geschaltet habe. Sie werde die Anregung an den VRR weitergeben.

Sachkundiger Bürger Behlen fragt nach, ob es die Möglichkeit einer Vorrangschaltung für Busse gäbe.

Herr Perschke antwortet, dass deren Technik Ampeln beeinflussen könne, sofern der Baulastträger diesem zustimme. Im Großteil seien dies allerdings nicht Gemeindestraßen, sondern Landesstraßen und somit wäre Straßen.NRW zuständig.

Sachkundiger Bürger Geppert fragt nach dem Unterschied der verschiedenen Bezeichnungen für Schnellbuslinien.

Herr Perschke antwortet, dass die Bezeichnungen SB, Metro und X ein VRR-Merkmal seien. X-Bus sei der qualitativ hochwertige Schnellbus. Der Metro-Bus sei ein städtischer Bus, X- und SB-Busse überregionale Schnellbusse.

Ratsvorsitzender Dr. Nieberding bedankt sich bei den beiden Gästen und erwähnt, dass er diese gerne nochmal zur Evaluation einladen möchte.

Herr Perschke teilt mit, dass die endgültige Evaluation vermutlich Ende des Jahres 2026 oder Anfang des Jahres 2027 vorliegen werde.

3 Vorbehaltsstraßennetz - Reduzierung Vorlage: FB5/0163/2025

Es wurde mehrheitlich beschlossen, den Antrag zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	2		
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ			1
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	16		1

Herr Apsele erklärt, dass es sich bei der Beschlussvorlage noch um kein Pro oder Kontra Tempo 30 bzw. Zone 30 handeln würde. Es solle zunächst ein Auftrag an die Verwaltung sein, mit der Aufsichtsbehörde und der Polizei über den Umfang des Vorbehaltsstraßennetzes zu diskutieren und deren Genehmigung einzuholen. Wenn die Genehmigungen vorlägen, wäre es keine Vorentscheidung für Zone 30, sondern die Möglichkeit einer Zonenerweiterung innerhalb des Stadtgebietes. Tempo 30 sei eine streckenbezogene Ausweisung. Zone 30 eine flächendeckende Abgrenzung. Dafür wären bestimmte verkehrsrechtliche Vereinbarungen zu treffen, wie z. B. dass es keine Radverkehrstreifen, Fußgängerüberwege und Ampeln mehr gäbe, sondern nur rechts vor links. Es würde lediglich ein Schild am Anfang und am Ende geben.

Ratsherr Schoenauer schlägt vor, den Antrag in die Fraktionen zu vertagen. Die Fraktionen sollen dann der Verwaltung die Straßen melden, die sich für eine Tempo 30 Zone eignen oder auch nicht. Die gemeldeten Straßen könnten dann von der Verwaltung nach den Sommerferien als Beschlussvorlage zusammengefasst werden und im Ausschuss darüber diskutiert und abgestimmt werden.

Ratsherr Harms ergänzt, dass der Beschlussvorschlag Reduzierung des Vorbehaltsstraßennetzes laute und nicht primär die Einführung von Tempo 30 Zonen. Das Vorbehaltsstraßennetz sei eingeführt worden, um andere Straßen zu entlasten und den Verkehr zu lenken.

Ratsherr Gabernig sagt, dass man entscheiden müsse, welche Straßen wichtig seien und dort Tempo 50 gefahren werden könne. Alle anderen Straßen wären dann zukünftig Tempo 30 oder alle Vorfahrtstraßen werden Tempo 50 und alle anderen mit rechts vor links Tempo 30. So müsse man nur Vorfahrtsschilder aufstellen.

Sachkundige Bürgerin Hansen stellt die Frage, ob die Opposition alle Straßen diesbezüglich diskutieren möchte oder nur die, die in der Beschlussvorlage aufgelistet seien.

Ratsherr Schoenauer erläutert, dass er die Vorlage so verstanden habe, dass die aufgeführten Straßen aus Sicht der Verwaltung möglich seien, die anderen nicht. Falls darüber hinaus in den Ortsteilen noch andere Ideen auftauchen würden, werde er diese der Verwaltung vorgeschlagen.

Ratsfrau Niegeloh fragt nach, ob sichergestellt sei, dass die Tempo 30 Zonen auf der Uerdinger Straße belassen werden.

Ratsherr Gabernig fragt die Verwaltung, ob es richtig sei, dass die Strecken auf der Uerdinger Straße die jetzt Tempo 30 sind so bleiben können, obwohl die Straße im Vorbehaltsstraßennetz stehe. Das gleiche gelte für Teilbereiche Moerser Straße/Düsseldorfer Str.

Herr Hartenstein erklärt, dass die Uerdinger Straße noch im Vorbehaltsstraßennetz sei und die Verwaltung sie auch darin belassen werde, da die Verkehrsbelastung auf dieser für das Netz sprechen würde. An der Verkehrsregelung solle sich dort nichts ändern.

4 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

5 Anfragen

5.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Bearbeitungsstand Fahrradstraße Buschstr. und Radwegführung Strümper Str./Winklerweg

Ratsfrau Neukirchen erläutert ihre Anfrage. Diese sei gestellt worden, da in der Beschlusskontrolle nicht mehr die alten Beschlüsse vorhanden seien. Ob die Verwaltung sagen könne, wie weit die Maßnahmen seien.

Nach der Sitzung gibt die Verwaltung folgendes zu Protokoll:

Zu Frage 1:

Im Rahmen der Prüfung einer möglichen Ausweisung der Buschstraße als Fahrradstraße wurde die verkehrliche Situation unter Berücksichtigung der geltenden fachlichen Richtlinien bewertet.

Aus Sicht der Verwaltung erscheint die Buschstraße derzeit nicht geeignet für die Einrichtung einer Fahrradstraße. Gründe hierfür sind:

- Fehlende Netzfunktion: Die Buschstraße ist aktuell nicht Bestandteil eines übergeordneten Radverkehrsnetzes und stellt keine zentrale Verbindungsachse für den Radverkehr dar.*
- Unzureichendes Radverkehrsaufkommen: Für die Einrichtung einer Fahrradstraße ist gemäß Planungshinweisen ein hohes bis sehr hohes Radverkehrsaufkommen erforderlich. Entsprechende Daten liegen bisher nicht vor.*
- Potentielle Nutzungskonflikte mit dem ÖPNV: Die vorhandene Buslinienführung entlang der Buschstraße birgt das Risiko von Verkehrskonflikten zwischen Bus- und Radverkehr.*

Die Buschstraße erfüllt somit aktuell weder die funktionalen, noch die verkehrlichen Voraussetzungen für eine Fahrradstraße.

Für eine abschließende Bewertung sind belastbare Verkehrsdaten erforderlich. Die entsprechenden Verkehrszählungen sowie die Analyse des Radverkehrsaufkommens werden derzeit vorbereitet bzw. durchgeführt.

Zu Frage 2:

Die Rotmarkierung im Bereich Strümper Straße/Winkler Weg wurde bereits beauftragt und befindet sich seit Längerem beim zuständigen Markierungsunternehmen. Die Umsetzung sollte in Kürze erfolgen.

Ratsherr Schoenauer fragt nach, was mit der Ampelschaltung Nierster Straße/Ecke Kaiserswerther Straße sei. Herr Hartenstein habe im Ausschuss zugesagt, dass der Kreis dieses erst in Angriff nähme, wenn der Schutzstreifen eingezeichnet sei. Diese bestehe allerdings schon seit 6-9 Monaten.

Herr Hartenstein bestätigt, dass der Auftrag des Umbaus beim Kreis liege, jedoch noch nicht umgesetzt worden sei. Die Verwaltung werde den Kreis erneut darauf hinweisen.

Ratsherr Harms fragt nach, wann ungefähr die Kreuzung Kaiserswerther Str./Uerdinger Str. wieder repariert sei, da die Fraktion fast täglich Anfragen von besorgten Eltern bekomme. Außerdem sei es gefährlich, die defekte Ampelanlage dort ungesichert bereits seit 4-5 Wochen zu lagern.

Herr Hartenstein erklärt, dass die Ampelanlage Uerdinger Straße/Kaiserswerther Straße momentan defekt sei. Straßen.NRW habe bereits die Reparatur beauftragt. Zur Zeit herrsche allerdings ein Mangel an Firmen, die die Ampeln wiederherstellen können. Es müsse ampelspezifisch beauftragt werden, da es eine Monopolstellung gebe.

5.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - U70 auf Meerbuscher Stadtgebiet

Sachkundige Bürgerin Hansen fragt nach, ob die Verwaltung der Fraktion zu ihrer Anfrage folgen könne und bei der Rheinbahn diesbezüglich nachgefragt habe.

Frau Pottbäcker berichtet, dass die Verwaltung schon mit der Rheinbahn darüber gesprochen habe und diese hierzu zusätzliche Bahnen einsetzen müsse. Grundsätzlich würde das ganze Konzept der U70 auf dem Prüfstand stehen. Es werde vermutlich im Herbst eine Arbeitsgruppensitzung geben. Die U70 momentan an jeder Haltestelle halten zu lassen würde adhoc nicht funktionieren.

Sachkundiger Bürger Geppert merkt an, dass wenn man die U70 an jeder Haltestelle halten lassen würde, diese das Konzept der schnelleren Linie verlieren würde. Er begrüße die erneute Prüfung der Sinnhaftigkeit der U70, da die Zeitersparnis durch diese Linie nur minimal sei.

Nach der Sitzung gibt Frau Pottbäcker folgende Stellungnahme der Rheinbahn zu Protokoll:

Die U70 ist als schnelle „Expresslinie“ konzipiert, die nur an den nachfragestarken Haltestellen und Verknüpfungspunkten hält und so ihre Attraktivität begründet. Ein Halt an allen Meerbuscher Haltestellen (und/oder Düsseldorfer und Krefelder Haltestellen) würde diesem Grundkonzept widersprechen. Die Linie hätte dann als schnelle Linie keine Legitimation mehr. Wir kommen anhand dieser Anfrage und zahlreicher anderer, Anregungen, Nachfragen, Kritiken, Konzepten immer wieder zum Punkt, das Konzept der Linie U70 zu hinterfragen. Es spricht vieles dafür, die Leistung dieser Linie in einer regulären Linie (hier U76) aufgehen zu lassen, so dass dort ein dichter Takt mit Andienung aller Haltestellen entsteht. Dies ist ja z.B. im K-Bahn-Konzept ja auch so ab Stufe 2 vorgesehen.

Um diese Konzepte umzusetzen benötigen wir eine breite Zustimmung in allen drei Gebietskörperschaften entlang der K-Bahn und die notwendigen Kapazitäten (Fahrpersonal, Fahrzeuge, neuer Betriebshof usw.) seitens unserer Rheinbahn. Gerne möchten wir hierzu nach der Kommunalwahl in einem regionalen Arbeitskreis zusammen mit den Stadtverwaltungen eine Initiative starten.

6 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel sagt, dass die Maßnahme Bahnunterführung Osterath ins Stocken geraten sei. Es wurde sich beim Landesbetrieb erkundigt. Die Ausschreibung sei zwar fertig, es seien allerdings Mehrkosten für Bahn und Land entstanden, die noch seitens des Verkehrsministeriums freigegeben wurden. Am Freitag, den 23.05.2025 habe es einen Termin mit dem Landesverkehrsminister Oliver Krischer gegeben. Er führte aus, dass es noch keine abschließende Aufstellung des Haushaltes gäbe, weshalb noch keine Entscheidung getroffen sei. Diese solle bis Sommer 2025 erfolgen, damit das Vorhaben ausgeführt werden könne. Dies hat jedoch terminlich zur Folge, dass die Ausschreibung für die Baumaßnahmen zur Bahnunterführung Osterath erst ab Sommer 2025 erfolgen können. Der Baubeginn könne dann voraussichtlich erst ab dem 2. Quartal 2026 erfolgen und werde somit eine Verzögerung von einem Jahr nach sich ziehen.

Er berichtet weiter, dass es eine Interessenbekundung zum Thema E-Scooter gegeben habe. Es gebe nur den Interessenten „Lime“. Die Firma „Dott“ würde sich bis Ende Mai 2025 komplett aus dem Stadtgebiet zurückziehen. „Lime“ würde dann das gesamte Kontingent von 500 E-Scootern im Stadtgebiet für die nächsten Jahre erbringen.

Er führt fort, dass die zwei E-Lastenräder der Firma „Sigo“ derzeit an einen nicht profitablen Standort gebunden seien. Daher sei geprüft worden, ob auch eine einzelne Anbringung der E-Lastenräder an Straßenlaternen möglich sei. Die Verwaltung habe dieses positiv geprüft und zwei Standorte in Büberich (Römerstraße, Düsseldorfer Straße vor Bäckerei Oehme) erarbeitet, an denen jeweils ein E-Lastenrad an einer Straßenlaterne stationiert werde.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel teilt weiter mit, dass es am 05.02.2025 einen Workshop zum Mobilitätskonzept gegeben habe und die erarbeiteten Ergebnisse dem Protokoll beigefügt werden.

Herr Hartenstein führt fort, dass die Verwaltung das Büro Bueffee für ein Verkehrsgutachten im Stadtteil Lank beauftragt habe. Dieses werde die genannten Hotspots abarbeiten, sobald es kapazitätsbedingt wahrscheinlich erst in der 2. Jahreshälfte 2025 beginnen könne.

Er berichtet zudem, dass ein Trixi-Spiegel an der kommunalen Ampelanlage Claudiusstraße/Ecke Uerdinger Straße angebracht worden sei und man nun abwarte, ob Rückmeldungen erfolgen. Straßen.NRW und der Kreis lehnten indes die Montage eines Trixi-Spiegels an ihren Ampelanlagen ab.

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding fragt nach, warum der E-Scooter-Anbieter „Dott“ sich aus Meerbusch zurückziehe.

Frau Frey antwortet, dass das für die Firma „Dott“ wirtschaftliche Gründe habe.

6.1 Sachstandsbericht der Rheinbahn zur Schnellbuslinie SB52 und der Anpassung der Taktung der U76

Ratsherr Schoenauer begrüßt die erneute Prüfung der Rheinbahn zum SB52. Er ist der Meinung, dass der zunehmende Bedarf an Fahrten der U76 an Samstagen rein spekulativ sei. Er bittet die Verwaltung um Einholung von Fahrgastzahlen an Samstagen.

Ratsherr Quaß sagt, dass – gegenteilig zum Sachstandsbericht der Rheinbahn – das beste Fahrplanaangebot samstags vorliege. Er bittet die Verwaltung ebenfalls nochmal auf die Rheinbahn zuzugehen, schließlich müsse man das Überangebot an Samstagen auch bezahlen.

Frau Frey weist darauf hin, dass die Fahrgastzahlen durch den VRR erst in 2026 zur Verfügung stehen werden. Wenn eine Erhöhung des Taktes wochentags gewünscht sei, müsse hier im Ausschuss ein Beschluss gefasst werden, genauso wie für die Reduzierung des Taktes an Samstagen.

Sachkundiger Bürger Geppert fragt nach, bis wann die Stadt Meerbusch vertraglich an den 10 Minuten-Takt samstags gebunden sei.

Frau Pottbäcker antwortet, dass es keinen Vertrag zu bestimmten Taktungen, sondern nur einen Vertrag über die Kreis-Verkehrsgesellschaft mit der Rheinbahn als ÖPNV-Betreiber gebe. Die Umstellung eines Taktes liefe immer zur Fahrplanänderung. Diese würde zwei Mal im Jahr erfolgen. Wenn jetzt im Ausschuss beschlossen werden würde, dass eine Taktverdichtung in den Abendstunden gewünscht sei, würde die Rheinbahn dies, wenn es technisch möglich sei und keine angrenzenden Stadtgebiete tangiert seien, zum nächsten Fahrplanwechsel umsetzen. Ebenso mit der Reduzierung an Samstagen. Es würden aber politische Beschlüsse benötigt, um dies umsetzen zu können.

7 Termin der nächsten Sitzung 9. September 2025

8 Verschiedenes

1. Baustelle auf der Mühlenstraße in Lank

Ratsherr Harms berichtet, dass auf der Mühlenstraße in Lank, Richtung Schützenplatz eine gefährliche Baustelle bestehe, die man nicht einsehen könne. Außerdem würde dort mitten auf der Straße ein Trafohäuschen stehen. Ob die Verwaltung erklären könne, um welche Maßnahmen es sich da handeln würde.

Herr Hartenstein antwortet, dass es sich wahrscheinlich nicht um eine städtische Baumaßnahme handele, sondern eventuell um eine Glasfaser-Baustelle. Er werde das Anliegen der Verkehrsabteilung zur Prüfung übergeben.

2. Korrektur zur letzten AMO-Niederschrift zum TOP 8.1 „Abschaffung Elternhaltestelle Kolpingstraße“

Ratsherr Schoenauer teilt mit, dass sich auf Grund der Niederschrift zum letzten AMO, zum Thema Abschaffung Elternhaltestelle Kolpingstraße, die Schulleitung bei ihm gemeldet habe.

Entgegen seiner Aussage, habe die Schulleitung nicht die Sinnhaftigkeit der Elternhaltestelle festgestellt. Da bei Rückmeldung der Schulleitung die Widerspruchsfrist des Protokolls bereits abgelaufen war, konnte diese nicht mehr korrigiert werden. Er bittet, diese Korrektur mit in die jetzige Niederschrift aufzunehmen.

3. Abgesackte Fahrbahn zwischen Haus Meer und Strümp

Ratsherr Quaß meldet sich zu Wort, dass im Bereich zwischen Haus Meer und Strümp die abgesackte Fahrbahn am rechten Straßenrand immer weiter absacken würde. Er bittet die Verwaltung bei Straßen.NRW nochmal nachzufragen, wann diese Gefahrenstelle beseitigt werden würde.

Herr Hartenstein antwortet, dass die Verwaltung im letzten AKUB berichtet habe, dass Straßen.NRW die Maßnahme im Sommer 2026 durchführen werde.

Ratsherr Gabernig schlägt vor, dass Straßen.NRW an der Fahrbahn zwischen Haus Meer und Strümp wenigstens Schilder bezüglich einer Temporeduzierung aufstellen und auf Bodenwellen hinweisen könne.

Herr Hartenstein antwortet, dass die Verwaltung Straßen.NRW dieses bereits vorgeschlagen habe.

Ratsfrau Kohn fragt nach, ob der Fahrradweg zwischen Haus Meer und Strümp dann auch beleuchtet würde. Dieses wurde von der Verwaltung bejaht.

4. Beleuchtung Radweg Krefelder Straße

Ratsherr Jung sagt, dass nun fast alle stadtteilverbindenden Radwege beleuchtet seien. Er bittet die Verwaltung Straßen.NRW bezüglich des Radweges an der Krefelder Straße anzusprechen, da diesen vielen Schüler als Schulweg nutzen und im Dunkeln fahren müssten.

5. Fahrradstreifen Lötterfeld

Ratsfrau Kohn fragt nach, ob nach den Baumaßnahmen von Westnetz am Lötterfeld der Fahrradstreifen wiederhergestellt werde.

Herr Hartenstein teilt mit, dass nach Ende der Baumaßnahme von Westnetz alles wieder so hergerichtet werde wie vor der Baumaßnahme.

6. Radweg Laacher Weg

Ratsfrau Kohn möchte wissen, warum der Radweg am Laacher Weg nicht im Maßnahmenpeicher hinterlegt sei. Dieser sei nicht eindeutig gekennzeichnet.

Herr Hartenstein bittet darum, dass Ratsfrau Kohn ihm diesbezüglich genauere Angaben übermitteln solle, damit er dieses seiner Radverkehrsplanerin weiterleiten könne.

7. Aushubarbeiten Strümpfer Straße/Winklerweg

Ratsherr Gabernig sagt, dass es bei den Aushubarbeiten an der Baustelle Strümpfer Straße/Winklerweg sicherer wäre, wenn die LKWs die Baustelle vom Wirtschaftsweg „Nibbelsweg“ anfahren würden, statt über die verkehrslastige Strümpfer Straße.

Herr Hartenstein antwortet, dass die Verwaltung diese Möglichkeit prüfen werde. Wahrscheinlich handele es sich aber um einen Privatweg.

8. Brachfläche ehemaliger P+R-Parkplatz BÜ Osterath

Sachkundiger Bürger Spetsmann fragt nach, ob bei der Baumaßnahme Bahnüberführung Osterath die Brachflächen des P+R-Parkplatzes wiederhergestellt werden können, da sich die Baumaßnahme nun um ein zusätzliches Jahr bis 2028 verzögere und so erhebliche Parkplatzmöglichkeiten langfristig wegfallen würden.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel antwortet, dass er das Anliegen gerne weitergebe, er aber vermutet, dass dadurch, dass die Rampen zur Baustelleneinrichtungsfläche gehören, diese nicht wiederhergestellt werden können.

Sachkundiger Bürger Behlen ergänzt, dass man neben dem Restaurant provisorische Fahrradständer aufstellen könne.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel sagt, dass geplant sei, die dortigen Haltestellenpfosten nach Süden zu versetzen (Nähe Bahnsteigzugang) und dort, wo später die endgültige Radabstell-Anlage hinkäme, im Vorgriff auf die Maßnahme schon ein paar Bügel aufstellen könne.

Meerbusch, den 11. Juni 2025

Dr. Felix Nieberding
Ausschussvorsitzender

Jasmin Abel
Schriftführer/in